

Pressemitteilung

Berlin, 15.06.2026

Pakt für den Bevölkerungsschutz: BVÖGD fordert starke Rolle des Öffentlichen Gesundheitsdienstes

Berlin, Juni 2026 – Der Bundesverband der Ärztinnen und Ärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (BVÖGD) begrüßt die Pläne von Bund und Ländern zur Stärkung des Bevölkerungsschutzes. Ein wirksamer Bevölkerungsschutz kann jedoch nur gelingen, wenn der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) als zentraler Akteur von Beginn an in die neuen Strukturen eingebunden wird.

„Pandemien, Extremwetterereignisse und andere Krisen treffen die Gesundheit der Bevölkerung unmittelbar. Deshalb müssen die Gesundheitsämter von Anfang an in Planung, Koordination und Umsetzung eingebunden werden. Der Pakt für den Bevölkerungsschutz kann hierfür einen wichtigen Rahmen schaffen“, betont Dr. Peter Schäfer, Vorsitzender des BVÖGD.

Der BVÖGD sieht in der aktuellen Neuausrichtung des Bevölkerungsschutzes einen grundlegenden Paradigmenwechsel: Weg von einer vorwiegend reaktiven Gefahrenabwehr, hin zu einer umfassenden Resilienzstrategie. Gesundheitsämter sollten dabei eine Schlüsselrolle übernehmen. Sie koordinieren den Gesundheitsschutz auf kommunaler Ebene, verfügen über bevölkerungsmedizinische Expertise und sind unverzichtbar bei der Bewältigung biologischer Gefahrenlagen.

„Der Pakt für den Bevölkerungsschutz ist die notwendige Antwort auf eine Welt, in der Krisen nicht mehr nacheinander, sondern gleichzeitig auftreten. Wir müssen das Gesundheitswesen als das eigentliche Immunsystem unserer Gesellschaft begreifen“, sagte Prof. Dr. Peter Tinnemann, Amtsleiter des Gesundheitsamtes Frankfurt am Main und Sprecher des Fachausschusses Krisenmanagement im BVÖGD. Resilienz bedeute, nicht erst beim Eintreten der Katastrophe anfangen zu planen, sondern jetzt die Strukturen schaffen, die im Ernstfall unter Hochdruck standhalten, erläutert er.

In seiner aktuellen Stellungnahme betont der Fachausschuss Krisenmanagement des BVÖGD insbesondere die Bedeutung eines sogenannten Allgefahrenansatzes, der Naturkatastrophen, Pandemien und hybride Bedrohungen gleichermaßen berücksichtigt. Zudem müsse der Schutz kritischer Infrastrukturen wie Energie-, Wasser- und Kommunikationsversorgung als wesentlicher Bestandteil der Gesundheitsvorsorge verstanden werden.

Auch die geplante Stärkung medizinischer Notfallkapazitäten wird ausdrücklich begrüßt. Gleichzeitig weist der BVÖGD darauf hin, dass Gesundheitsämter für biologische Schadenslagen personell und materiell angemessen ausgestattet sowie regelmäßig in Krisenszenarien eingebunden und geschult werden müssen. Ebenso wichtig sei es, bevölkerungsmedizinische Erkenntnisse systematisch in digitale Lagebilder und Krisenkommunikationsstrukturen einzubeziehen.

Besondere Bedeutung misst der Verband darüber hinaus dem gesellschaftlichen Zusammenhalt und der Krisenvorsorge vor Ort bei. Ehrenamtliches Engagement und eine gut vorbereitete Bevölkerung seien wesentliche Voraussetzungen für eine resiliente Gesellschaft.

„Echte Sicherheit entsteht vor Ort in den Kommunen und in den Köpfen der Menschen. Wir müssen die Bevölkerung dazu befähigen, Teil der Lösung zu sein. Handlungsfähigkeit ist der beste Schutz gegen Angst und psychische Überlastung in Krisenzeiten. Der neue Pakt gibt den Kommunen die Werkzeuge, um das Wissen über Selbstschutz und gegenseitige Hilfe wieder im Alltag zu verankern. Ein gut informierter und vorbereiteter Bürger ist die wirksamste Entlastung für unsere Rettungskräfte und Krankenhäuser. Wir bauen hier gemeinsam an einer Kultur der Wachsamkeit, die unsere Demokratie von innen heraus stärkt“, so Tinnemann.



Der BVÖGD fordert daher, den ÖGD im weiteren Gesetzgebungs- und Umsetzungsprozess des Pakts für den Bevölkerungsschutz konsequent einzubinden.

Hintergrund

Mit dem Pakt für den Bevölkerungsschutz wird der Bund laut einer Entscheidung des Kabinetts bis zum Jahr 2029 insgesamt zehn Milliarden Euro in den Bevölkerungsschutz investieren. Vorgesehen sind unter anderem umfangreiche Investitionen in die Ausstattung der größtenteils ehrenamtlichen Einsatzkräfte, moderne Warn- und Kommunikationssysteme, eine Stärkung des Technischen Hilfswerks mit resilienten Standorten einschließlich Logistikzentren sowie die Verbesserung der Trinkwasser- und Notstromversorgung.